

Nr. 109
September 2009

Argumente
zu Marktwirtschaft und Politik

Liebe Bürger!

Wahlprüfsteine für den demokratischen Souverän

Michael Eilfort

Stiftung Marktwirtschaft

ISSN: 1612 – 7072

Vorstand:

Prof. Dr. Michael Eilfort

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Charlottenstraße 60

D-10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30 206057-0

Telefax: +49 (0)30 206057-57

E-Mail: info@stiftung-marktwirtschaft.de

Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Vorwort

Vor der Wahl des 17. Deutschen Bundestages haben die Parteien mehr text- als inhaltsschwere Wahlprogramme formuliert: fast alles „rund“, wenig Ecken und Kanten. Die Stiftung Marktwirtschaft verzichtet darum auf eine herkömmliche Zusammenstellung und Bewertung der erklärten Wahlziele der Parteien.

Offensichtlich verdient der Bundestagswahlkampf 2009

seinen Namen kaum. Dass die politische Auseinandersetzung sich weitgehend in aufgeregter Oberflächlichkeit (Dienstwagen! Dekolleté!) und Koalitionsspekulationen zu erschöpfen scheint, mag zum einen mit der Ausgangskonstellation einer Großen Koalition zusammenhängen, deren Akteure sich bis zum Wahltag ertragen und als Bundesregierung

zusammen handlungsfähig bleiben müssen. Der Wahlkampf folgt zum anderen dem langfristigen Trend zur wolkigen Unverbindlichkeit wie zum richtungslosen Wohlfühlen: Wir in Deutschland, für Familie, Gerechtigkeit, Gesundheit, Arbeit, Umwelt – wer wäre das nicht? Es drängt sich der Eindruck auf, es fehle an Originalität, Authentizität und Polarisierung – also an vielem, was zu einem spannenden Wahlkampf gehört, politisches Interesse auch über den Wahltag hinaus weckt und politische Bindungen verstärkt. Wahlen sollten doch Festtage der Demokratie und Weckruf für politisches Engagement sein, nicht eine Zeit gehobener Langleweiligkeit, in der Politikverhandlungen und Witzkandidaturen noch am meisten Aufsehen erregen. Zur Politik gehören auch Unterhaltung und Humor – aber sie sollte mehr sein als Pop und Spaß. Gerade jetzt: Wann wollen wir grundsätzliche Zukunftsfragen diskutieren, wenn nicht unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise? Wir reden ständig über die „Rückkehr des Staates“ – und bräuchten doch eine Wiederentdeckung der Politik.

Wir dürfen mehr an Inhalt und Profil verlangen von den Kandidaten und vor allem den Spitzen der Parteien, die Wahlkämpfe auch als große Chance und nicht nur als Risiko oder Prüfung sehen sollten. Aber: Die Bundestagswahl ist auch für die wahlberechtigten Bürger als demokratischer Souverän eine Prüfung. Es geht um unser Verständnis von Politik und von unserem Gemeinwesen. Machen wir es uns zu einfach, wenn wir die inhaltliche Bringschuld

Inhalt

Ehrlichkeit im Wahlkampf?	3
Umfragen und „Geschlossenheit“	4
Unsere Angst vor dem Wettbewerb	5
Meckern ohne Mitmachen?	6
„Politikverdrossenheit“ – bequeme Ausrede ..	7
„Die da oben“ sind wie wir	8
Der Staat als Helfer	9
Gerechtigkeit für alle!	10
Große Würfe und kleine Vorteile	11

und die Motivation zur Stimmabgabe als Aufgaben politischer Alleinunterhalter sehen, die sich gefälligst auf der Bühne abzumühen haben, während wir mehr oder weniger erfreut, angewidert oder nur gelangweilt den Daumen heben oder senken – oder nicht einmal mehr zuschauen? Und welche Erwartungen haben wir Staatsbürger an uns selbst? Schulden wir

dem Land, in dem wir wahrlich mehr recht als schlecht leben, nicht wenigstens eine Meinungsäußerung? Sollten wir nicht selbst zu spannenderen Wahlkämpfen beitragen, indem wir spannende Fragen stellen? Sollten wir Bürger nicht Politiker ermutigen, offener, ehrlicher und konkreter zu werden, anstatt Signale auszusenden, es lohne sich eben, auf hohem Niveau und mit vielen Worten nichts zu sagen? Vor allem: Was wollen wir eigentlich? Wie soll Politik auf unsere Widersprüche reagieren, die wir eher tabuisieren als diskutieren?

Diese und andere (Rück-)Fragen will die Stiftung Marktwirtschaft mit der vorliegenden Publikation stellen. Es sind Wahlprüfsteine der etwas anderen Art, weniger an die Parteien als an den Bürger gerichtet. Und es handelt sich um eine zugespitzte Streitschrift für mehr Mut zu Freiheit, zum Wettbewerb, zur inhaltlichen Auseinandersetzung und zur lebendigen Demokratie. Liebe Bürger, wir freuen uns auf Reaktionen!



Prof. Dr. Michael Eilfort



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Wir danken der informedia-Stiftung für die Förderung dieser Publikation.

Ehrlichkeit im Wahlkampf?

„Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd“

(Otto von Bismarck)

Wir erwarten vom Politiker, dass er uns ernst nimmt und, natürlich, ehrlich ist. Irgendwie mögen wir allzu viel Ehrlichkeit aber auch nicht, vor allem, wenn sie schmerzlich scheint. Der Wahlkampf der Bundeskanzlerin 2009, über dessen präsidentialen Charakter so gern geklagt wird, ist eine logische Umsetzung nicht nur der Erfahrungen der Kanzlerkandidatin 2005: Mit Ausnahme vielleicht des Bundestagswahlkampfes 1983 bekamen immer diejenigen die meisten Stimmen, die den angenehmsten Weg in die Zukunft beschrieben und möglichst vage blieben.

Zur Unwahrheit oder zum nebulösen Wohlfühl-Sprech in Wahlkämpfen gehören zwei: Einer, der nicht die Wahrheit, zumindest nicht alles sagt und einer, der sich gern etwas vormachen lassen will. Der frühere französische Innenminister Charles Pasqua fasste das in den schönen Satz: „Wahlversprechen binden nur die, die an sie glauben.“

Wenn wir also jeden Kandidaten, der sich auch im Hinblick auf unangenehme Botschaften offen und inhaltlich mit Ecken zeigt, zum politischen Selbstmörder werden lassen – wieso wundern wir uns dann über Weihnachten im September und einen Wahlkampf, in dem wirkliche Herausforderungen gar nicht erst Thema werden? Ehrlichkeit scheinen wir nicht zu vertragen, an Geschenke glauben wir dagegen gern, nicht nur in Form von Steuersenkungen und Millionen neuer Arbeitsplätze.

Von einer „gekauften Wahl“ sprechen manche Zeitungskommentatoren in diesen Tagen. Selten waren die Versuche, den demokratischen Souverän durch milde Gaben zum passenden Zeitpunkt gnädig zu stimmen, offensichtlicher. Knapp drei Monate vor der Bundestagswahl, zum 1. Juli 2009, stiegen die Renten in höherem Maß, als es nach den bislang geltenden Regeln richtig gewesen wäre. In der Folge wurden auch die Hartz-IV-Regelsätze angepasst. Zugleich sanken die Krankenkassenbeiträge auf wundersame Weise, obgleich die Unterfinanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung wahrlich kein Geheimnis ist. Für geplagte Milchbauern sind plötzlich Millionen da, für Opel Milliarden – obwohl von einer „System-Relevanz“ wie bei der unseligen Hypo Real Estate keine Rede sein kann. Des Weiteren

werden über die schrankenlose Ausdehnung des grundsätzlich sinnvollen Instruments der Kurzarbeit Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben.

Ist Ordnungspolitik, sind Regeln, Prinzipien, Berechenbarkeit und Rechtssicherheit also utopische Ideale für Schönwetter-Zeiten, während der Wahlkampf, sprich der Bürger, erfordert, es nicht zu genau zu nehmen? Zählt nur das zynische Kalkül mit dem „Hier und Jetzt“? Lassen wir Bürger uns zu leicht mit aktuellen Bonbons locken, obwohl wir ahnen, dass wir dafür schon in nicht allzu ferner Zeit bittere Pillen zu schlucken haben? Ist nicht die zweifelhafte Abwrackprämie geradezu ein Symbol der Großen Koalition: Alles für den Moment, absehbare spätere Folgen egal oder zumindest ausgeblendet?

Neu ist all das nicht – es gab schon Wählersonderauschüttungen vor anderen Urnengängen und viele Bemühungen in Sachen kreativer Haushalts- (2002) oder Arbeitsmarktstatistik (1998). Den Wohltätern, die uns mit unserem eigenen (Steuer-)Geld beglücken, haben sie nur zum Teil genützt. Die Große Koalition mit ihrer breiten Mehrheit hat gleichwohl ein System vorauseilender Gefälligkeiten auf die Spitze getrieben, das seinesgleichen sucht: Politische Forderungen werden automatisch schon befriedigt, bevor sie überhaupt erhoben werden können.

Deutet die Massivität der aktuellen Werbung darauf hin, dass wir Bürger in der Politik das Bild abgeben, wir seien nur an neuen Steuervorteilen oder höheren Transferleistungen interessiert und dabei nicht in der Lage oder willens, auch zu bewerten, was nachhaltig und für das Land gut sei? Glaubt die Politik etwa, dass wir Bürger käuflich seien? Z.B. die Rentner? Nicht nur in Deutschland entscheiden sie Wahlen, weil sie die höchsten Wahlbeteiligungswerte erreichen und damit mehr als die Hälfte der Wähler, wenn auch nicht der Wahlberechtigten, stellen.

Für Politiker lohnt ein Besuch im Altersheim mehr als einer im Jugendhaus. Die aktuelle Bundesregierung muss das aber missverstanden haben: Ob Rentner sich durch ein lauwarmes Bad in Wohltaten so leicht ködern lassen? Sie dürften eher ein Gespür haben für faire, berechenbare Rentenentwicklungen, keine illusionären Rentengarantien und Wahl-Almosen zu Lasten ihrer Kinder und Enkel wollen, sondern eine Anerkennung ihrer Lebensleistung – oder?

Mehr in:

„Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz: Update 2009“, die Publikation steht als Download unter www.stiftung-marktwirtschaft.de zur Verfügung.

Umfragen und „Geschlossenheit“

„Wenn ich die Leute frage, ob sie Freibier wollen, bekomme ich auch 80% Zustimmung“

(Volker Kauder)

Wir scheinen unserem Gespür, inhaltlichen Argumenten und der Überzeugungskraft politischer Reden nicht zu trauen. Vor Wahlen wird inzwischen mehr über Umfragen und ihre Konsequenzen diskutiert als über Themen. Und es ist keine Rede zu hören, in der nicht Aussagen und Forderungen mit Umfragedaten „untermauert“ werden. Das hören wir sogar ganz gern, weil wir dann annehmen, die Politik schaue uns aufs Maul und nehme „Volkes Meinung“ ernst.

Oder redet man uns vielleicht nur nach dem Mund – und zwar so, wie ihn die Umfrageinstitute definiert haben? Sicher erfolgt der größere Teil von Befragungen zu Inhalten, Personen und Wahlabsichten auf seriöser methodischer Grundlage. Und natürlich lieben wir Zahlen und ihre Scheingenaugkeit. Wir wollen auch gern wissen, ob wir mit unserer Ansicht allein sind und was die anderen denken. Wäre es da aber nicht in vielerlei Hinsicht schöner, wir sprächen in Familie, Freundeskreis, mit Kollegen wieder mehr über Politik, statt uns von TV-Moderatoren mit netten Graphiken unterlegte Umfragezahlen langatmig vorlesen zu lassen?

Umfrage-Daten jedenfalls sind, wenn sie veröffentlicht werden, bereits veraltet: Sie geben Einstellungen wieder, die Tage oder Wochen zuvor erhoben wurden. Und sie tun dies selten präzise. Verzerrungen treten ein durch suggestive Fragen, Interviewsituationen, Auswertungsprozesse und mangelnde Repräsentativität. Wer mit hohen Zustimmung- oder Ablehnungswerten etwas belegen will, vermag dies durch die Wahl des passenden Instituts, mithilfe einer günstigen Frageformulierung, nach entsprechender Gewichtung von Rohdaten und mittels grenzwertiger Interpretationen (z.B. Addition der Unentschiedenen, der leicht, mittel und stark Zustimmenden) bequem zu erreichen. Der so mögliche Wert von z.B. 80% Unterstützung für die Verlängerung des Arbeitslosengelds I sinkt indes dramatisch, wenn man die Frage einbezieht, wer die Gegenfinanzierung tragen soll...

Heute machen Umfragen, die in der Mitte des 20. Jahrhunderts entwickelt wurden, um politische Stimmungen und individuelle Einschätzungen zu erfassen, ihrerseits politisch Stimmung – und damit Politik. Das gilt besonders in

Vorwahlzeiten: Ob eine Partei bei vier oder fünf Prozent taxiert wird, macht psychologisch einen wichtigen Unterschied. Ob man sie als schon sicheren Sieger ausgibt und damit mögliche Anhänger demobilisiert oder es nur so darstellt, dass ein Wahlsieg greifbar scheint (Mobilisierung und „Bandwagon“-Effekt – viele Leute wollen beim Sieger sein), erst recht. Ob ihr Tageskurs als der eines originellen Außenseiters erscheint („Underdog-Effekt“) oder die Prognose so miserabel ist, dass schon wieder aus übergeordneter Sicht Sympathie entsteht („Mitleidseffekt“ – das habe diese wichtige Partei nicht verdient), hat ebenfalls Auswirkungen. Zum Glück entscheiden wir Bürger am Ende noch selbst – wie 2002 und 2005, als manches Institut schon lange vor der Bundestagswahl das „sichere Ergebnis“ durchsickern ließ. Wir sollten uns vielleicht weniger an Befragungen orientieren – und auch bei inhaltlichen Fragestellungen unsere Politiker dazu ermuntern, ihre Meinung zu vertreten, statt zu Notaren der Demoskopien zu werden. Andernfalls könnte man viele Kosten und gleich den ganzen Wahlkampf sparen: Bundesregierung und Bundestag würden abgeschafft und der Beamtenapparat z.B. von Meinungsforschern und dem von ihnen erfassten „Bürgerwillen“ gesteuert.

Die Demoskopien müssten die Politik dann auch nicht mehr vor dem Austausch von Argumenten warnen, weil wir harmoniesüchtigen Wähler mehr als jeden Inhalt angeblich die Geschlossenheit einer Partei schätzen. Das mag sogar so sein – und wäre eine Neigung, über die wir Wähler dringend nachdenken sollten. Dies umso mehr, als wir Wörter wie „Partei-“ oder „Fraktionsdisziplin“ eigentlich unsympathisch finden und das Leitbild des unabhängigen Abgeordneten schätzen, der nur seinem Gewissen verpflichtet ist und heldenhaft für seine Überzeugung kämpft – vor allem dann, wenn es unser Abgeordneter ist und seine Haltung unserer Meinung entspricht. Gleichzeitig strafen wir gern Parteien ab, wenn sie oder ihre Fraktionen kein Bild der Geschlossenheit abgeben und miteinander um Themen und Bewertungen ringen. Was wollen wir denn nun?

Wenn Geschlossenheit und Ruhe die obersten Politikziele sind, regiert der Stillstand – und es kommt Langeweile auf wie im Wahlkampf 2009. Wenn die Politik schweigt, reden andere und werden die Lautesten am stärksten wahrgenommen – nicht unbedingt zum Vorteil des größeren Ganzen. Wenn Parteien Streit nicht austragen und aushalten, verlieren sie als Allerweltsvereine Gesicht und Zusammenhalt. Wenn eine Regierung in wechselseitiger Angst, der Koalitions-Partner könnte irgendwo eine populärere Position vertreten, nicht mehr zwischen „richtig“ und „falsch“ unterscheiden will, nicht mehr „nein“ sagen kann, verkommt der Staat zum Selbstbedienungsladen der durchsetzungsfähigsten Interessen.

Unsere Angst vor dem Wettbewerb

„Der Wettbewerb ist das großartigste und genialste Entmachtungsinstrument in der Geschichte.“

(Franz Böhm)

Warum wir deutschen Exportweltmeister oft ängstlich zusammenzucken, wenn von Wettbewerb die Rede ist, kann man kaum verstehen: Wettbewerb und die Kraft der Märkte haben unseren Aufstieg und Wohlstand ermöglicht und den Aufbau eines einzigartigen Sozialstaats getragen. Und Wettbewerb – unter fairen, vom Staat gesetzten Rahmenbedingungen – steht auf der Seite der Kleinen: Er eröffnet immer neue Chancen und bringt auf lange Sicht für alle das Beste hervor – wenn man ihn zulässt. Wo es an Wettbewerb mangelt oder wo er nicht fair verläuft, setzen die Großen und Etablierten ihre Interessen und Preise durch, verhindern Veränderungen und stützen sich gegenseitig zu Lasten aller.

Das gilt auch und besonders im Wahlkampf für politische Ideen und den Wettstreit der Parteien: Die Große Koalition ist schon deshalb ein demokratischer Ausnahmezustand, weil sie den Wettstreit um Konzepte und Politikvermittlung ein Stück weit außer Kraft setzt. So wechseln sich zum Beispiel seit 2005 im Deutschen Bundestag weniger Rede und Gegenrede ab als Eigenlob und Eigenlob – der gleichen Bundesregierung durch die zwei großen Fraktionen.

Das Vermeiden von Konfrontation scheint einem tiefstehenden Wunsch von uns Bürgern zu entsprechen: Zur deutschen politischen Kultur – mit unseliger, unpolitischer Tradition – gehört ja, dass wir Streit als Ausdruck des politischen Wettbewerbs um Ideen nicht schätzen. Wir haben es lieber, wenn sich die Parteien im Interesse des Landes (was auch immer das heißen mag) zusammenraufen und zu Gemeinsamkeiten finden. Große Koalition gleich große Hoffnung und große Harmonie, haben wir 2005 gedacht. Nun sollte uns das Ergebnis zu denken geben: Vier korrekt verwaltete Jahre, aber im Wesentlichen verpasste Gelegenheiten – und das nicht nur wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Weder für eine mutig-intelligente Außenpolitik noch für die Aufwertung des Klimaschutzes, weder für eine moderne Familienpolitik noch für den Islam-Gipfel und weitere gute Integrationschritte, weder für schöne Bilder von Gipfeltreffen noch von der Fußball-WM im eigenen Land bedurfte

es verfassungsändernder Mehrheiten. Bei der Unternehmensteuerreform ist manch Gutes, aber über die Unvereinbarkeit der Ansätze der Beteiligten auch so viel Unfug herausgekommen, dass man kaum von einem Fortschritt sprechen kann – ganz abgesehen davon, dass das Ziel „Steuervereinfachung“ von der Großen Koalition in das Gegenteil verkehrt wurde. Konsolidierung? Eine verschenkte Chance: Als die Wirtschaft brummte und zusätzlich die Mehrwertsteuer erhöht wurde, reichte das Geld noch immer nicht und wurden neue Ausgaben beschlossen. So bleiben nur drei besondere Leistungen, die dieses besondere Bündnis erbracht hat: Die Rente mit 67 und die Schuldenbremse (für kommende Regierungen...) als einzige innere Strukturreformen und eine ausgesprochen gute Figur bei der Bewältigung der Finanzkrise. Die negativen Folgen des Ausnahmecharakters dieser Regierungskoalition überwiegen: Systembrüche und weiteres Chaos im Steuerrecht, ein verlogenes „Wettbewerbsstärkungsgesetz“ in der Krankenversicherung, das Wettbewerb eher ausschaltet und die Strukturprobleme nicht löst, neue, nicht finanzierte Versprechungen in der Pflegeversicherung, Bruch mit berechenbaren Prinzipien der Rentenversicherung und Verrat an der Generationengerechtigkeit, die Rücknahme nachweislich erfolgreicher Teile der Agenda 2010 und der Irrweg des Mindestlohns auf dem Arbeitsmarkt, Bürokratierkorde zum Beispiel durch die Erbschaftsteuerneuregelung.

Das alles ist dürrtig – vor allem angesichts weit überwiegend guter Konjunktur und Haushaltslage. Es gibt keine Begründung für eine Wiederholung dieses ängstlichen Bündnisses. Umso ärgerlicher, dass wir unter dem aktuellen Eindruck der Wirtschaftskrise die Ergebnisse beschönigen, gar in politischen Diskussionen schon wieder düster über kommende Reformaufgaben orakelt wird, die nur eine Große Koalition im allgemeinen Konsens und ohne „Unruhe“ lösen könne. Als ob die letzte Große Koalition nicht hinreichend bewiesen hätte, dass sie weniger große Probleme löst als neue schafft. Fast jeder Wahlausgang ist besser als eine neue Große Koalition – für die Demokratie, für uns Bürger und für unser Land! Große Mehrheit, kleine Ergebnisse: Mehr politischer Wettbewerb im Deutschen Bundestag wäre ebenso hilfreich wie mehr föderalistischer Wettbewerb zwischen den Ländern!

Und weil wir uns ja gern über müde Wahlkämpfe und darüber beklagen, die Parteien seien sich zum Verwechseln ähnlich: Polarisierung fördert politisches Interesse und Wahlbeteiligung – so wie bei der Rekord-Wahl 1972, der „Willy-Wahl“ mit einer Beteiligung von 91,1%. Wir wählen doch lieber zwischen Schwarz und Weiß als zwischen aschgrau und betongrau. Es lebe der Unterschied! Mehr Mut zum Wettbewerb hilft allen – und der Politik wieder auf die Beine.

Meckern ohne Mitmachen?

„Diejenigen, die sich für zu klug halten, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft werden, dass sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie selbst.“

(Platon)

Die Bundestagswahl 2005 bestätigte mit der niedrigsten aller bis dato erzielten Bundestagswahlbeteiligungen von 77,7% wie fast alle Landtagswahlen seither und die Europawahl im Juni einen in Deutschland seit über 30 Jahren anhaltenden Trend zum Nichtwählen – auf allen Ebenen. Das spricht eher gegen die Dramatisierung sinkender Wahlbeteiligung als akute Vertrauenskrise. Genauso, dass Nichtwähler keine homogene Gruppe sind. Die oft wie falsch bezeichnete „Partei der Nichtwähler“ gibt es nicht. Das einzige, was Nichtwähler verbindet, ist ihre Wahlenthaltung: Es gibt Gleichgültige, Kranke, Verreiste, Einsame, Obdachlose, kurz vor dem Wahltag Verstorbene, die noch in den Verzeichnissen stehen, Zeugen Jehovas, die grundsätzlich nicht wählen – und einige „Politikverdrossene“.

Wenig geändert hat sich an altbekannten Mustern der Wahlbeteiligung: Männer wählen etwas eher als Frauen, vor allem aber nimmt der Wahleifer mit steigendem Alter stark zu. Und: Je höher der formale Bildungsgrad und – meist damit zusammenhängend – je höher das Einkommen, desto größer die Wahlneigung. Die parteipolitischen Auswirkungen der Wahlenthaltung sind weitaus weniger eindeutig: Die alte Regel, eine niedrige Beteiligung nutze vor allem kleinen Parteien, gilt uneingeschränkt nur noch in der Zeit einer Großen Koalition.

Für die Zunahme der Nichtwähler sind vor allem zwei Gründe verantwortlich. Erstens wird die Wahlteilnahme immer weniger als Bürgerpflicht empfunden. Die starke soziale Norm des Wählen-Müssens war lange charakteristisch für die politische Kultur in Deutschland und trug zu der im internationalen Vergleich enorm hohen Beteiligung entscheidend bei. Heute führen dagegen viele und oft profane Gründe, die früher keinen vom Wahlgang abgehalten hätten, zur Enthaltung. Zweitens ist die Neigung eines Wahlberechtigten, seine Stimme abzugeben, umso größer, je mehr Kontakt er zu anderen Menschen hat, je mehr er am gesellschaftlichen Leben teilnimmt. Geborgenheit erhöht Wahlbeteiligung, weil in Gesprächen eher Interesse geweckt sowie an den Wahltag erinnert wird und eine Art „so-

zialer Kontrolle“ greift: Die meisten Menschen denken nicht Tag und Nacht an Politik, haben aber eigentlich auch nichts dagegen. Sie weisen eine nur begrenzte Motivation zum Wahlgang auf und werden im Wortsinn zum Mitläufer, wenn nahestehende Personen ins Wahllokal gehen. Wir hören dies nicht gern, weil wir immer das Idealbild des mündigen Bürgers vor uns hertragen, der alle Wahlprogramme liest, reflektiert und dann entschlossen seine Entscheidung umsetzt. Gleichwohl: In einer Zeit, in der soziale Integration abnimmt (Scheidungen, weniger Engagement in Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen), ist der Rückgang des Wahleifers eine logische Konsequenz – und eben kein zwingender Indikator für ein politisches Problem.

Überhaupt sagt Wahlbeteiligung nur wenig über die Qualität eines politischen Systems aus, auch wenn in Deutschland bei sinkender Wahlbeteiligung immer zuerst aufgeregt auf eine Systemkrise geschlossen wird. Nichtwählen ist das Recht des Bürgers und für die Demokratie so wenig Anlass zur Sorge, wie es keine „richtige“ Wahlbeteiligungshöhe gibt. Nach der inputorientierten, eher deutschen Sichtweise sollen in den politischen Prozess die Ansichten möglichst aller Bürger einfließen. Wählen würde also zum Wert an sich, ein Beteiligungsoptimum angestrebt. Ausdruck dieser Haltung ist die Wahlbenachrichtigung, die uns die Wahlteilnahme so einfach macht. Engländer und Amerikaner dagegen sehen eher, was bei Wahlen herauskommt: Macht soll zugewiesen und klare Mehrheiten sollen ermöglicht werden, eine hohe Beteiligung ist dazu nicht nötig. Angestrebt wird ein Beteiligungsoptimum, und Wahlenthaltung kann nach dieser Sicht sogar nützlich sein, wenn sie von Menschen ausgeübt wird, die nicht dem Idealbild des mündigen, politisch interessierten Bürgers entsprechen. Vor allem aber mag Wahlenthaltung Ausfluss bewusster und durchdachter Entscheidungen „guter“ Demokraten sein und kann gerade Zufriedenheit ausdrücken: „Wer schweigt, stimmt zu“, sagt der Volksmund dazu.

Wer sich enthält, gefährdet nicht die Demokratie. Er schadet sich nur womöglich selbst und nimmt sich eine Chance zur Einflussnahme. Wahlenthaltung hat zu viele Gründe, um, sollte jemand sie aus Protest ausüben, ein Zeichen zu setzen. Wer Veränderungen will, muss sich eben beteiligen und ausdrücken – andernfalls wird sein Schweigen de facto zur Bejahung des Status quo. Meckern ohne mitzumachen erscheint demzufolge als relativ sinnlose Vergeudung von Adrenalin und Energie. Dazu kommt: Wer keine Stimme abgibt, hilft – relativ – am meisten denjenigen, die er am wenigsten unterstützen will und die diese Stimme nie bekommen könnten.

Mehr zum Thema Nichtwählen:
www.wahlabstinenz.de

„Politikverdrossenheit“ – unsere bequeme Ausrede

„Politikverdrossenheit ist ein Modewort und medialer Mülleimer ..., in den alles hineingepackt wird, was auch nur entfernt an Kritik, Unzufriedenheit, Ängste, Unbehagen oder auch anti-politische Vorurteile erinnert.“

(Wolfgang Thierse)

Ein in zyklisch wiederkehrenden öffentlichen Diskussionen so stark betontes wie überschätztes Motiv zum Nichtwählen ist „Politikverdrossenheit“. Unter diesem Totschlagwort wird vieles subsumiert: Als Gründe der subjektiv empfundenen Unzufriedenheit nennen bewusste, wählende Nichtwähler in der Regel politische Skandale und Affären („alle korrupt“), Bürgerferne („machen doch, was sie wollen“) oder fehlende Alternativen („alle gleich“). Die diffuse Unzufriedenheit ist dabei eher ein schicht- als ein altersspezifisches Phänomen: Die Vorstellung von sich selbst bedienenden, abgehobenen Politikern und der Glaube an die eigene Ohnmacht ist vor allem bei sogenannten „kleinen Leuten“ unter uns verbreitet.

Zu selten hinterfragen wir entsprechende Empfindungen, Vorurteile und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen. Erstens ist der Verdruss widersprüchlich, kann es die Politik also gar nicht allen von uns recht machen: Während z.B. die einen (in größerer Anzahl) mehr Unterschiede verlangen und Polarisierung belebend finden, sind andere angewidert, weil „die im Bundestag streiten wie die Kesselflicker“. Zweitens kann kaum alles, was da auf Politikern und Parteien abgeladen wird, von ihnen zu verantworten sein. Zur „Politikverdrossenheit“ dürften eine veränderte Wahrnehmung politischer Geschehnisse durch Medien und uns Bürger sowie außen- und innenpolitische Wandlungsprozesse mit der Folge von Orientierungslosigkeit, nachlassendem Gemeinsinn und überhöhten Erwartungen an die Politik zumindest beigetragen haben.

So wenig Nichtwähler Totengräber der Demokratie sind, so sehr sollten wir uns davor hüten, sie zu Helden hochzustilisieren. Nicht jeder Akt von bewusster Wahlabstinenz ist als Mahnung an die „eigene“ Partei oder als flammender Protest und Produkt wachsamer Intelligenz eines um die Demokratie besorgten Staatsbürgers zu werten. Weil es vielmehr immer gut aussieht, wenn man sich als solcher ausgibt, äußert auch so mancher, der es schlicht aus Bequemlichkeit nicht zum Wahllokal geschafft und die Brief-

wahlchance verschusselt hat, in Umfragen angeblichen Verdruss. „Rationalisierung“ nennt die Wahlforschung dieses Phänomen, das so stark zur Dramatisierung der „Politikverdrossenheit“ beiträgt wie manche Befragung selbst: Wer Verdrossenheitsfragen stellt, bekommt Verdrossenheitsantworten. Das ständige Gerede über den Verdruss verstärkt dessen Wahrnehmung: „Politikverdrossenheit“ ernährt sich selbst. Und so wird vermeintliches Versagen von Politikern und Parteien leicht zum Instrument für Medien, den Absatz wie den Erregungsgrad am Stammtisch zu erhöhen und schließlich zur Ausrede für unsere Bequemlichkeit und die fehlende Bereitschaft, durch Stimmabgabe zur Gestaltung der Zukunft mindestens einen kleinen Beitrag zu leisten.

Das Angehen der „Politikverdrossenheit“ ist eine Frage politischer Bildung wie Aufklärung wie unserer Redlichkeit der Beschäftigung mit Politik. Und natürlich trotz alledem auch Echo auf das Verhalten der Politiker und Parteien. Diese selbst haben es auch in der Hand, neu und vielleicht anders zum Mittag zu motivieren und vor allem die Neigung zur Wahlbeteiligung zu erhöhen, indem sie die Unterschiede und Differenzen deutlich machen, statt sie zu verstecken.

Wenig hilfreich dagegen wären manche immer wieder diskutierten Scheinlösungen. Die Einführung einer Wahlpflicht ist Unfug und käme einem Förderprogramm für Protestparteien und ungültige Stimmen gleich. Stark überbewertet ist auch die Zahl der Nichtwähler, die angeblich lieber auf andere Weise partizipieren würden. Wählen ist die geringste und einfachste Stufe demokratischer Teilnahme. Wer schon an Wahlen nicht teilnimmt, ist durch andere, kompliziertere Angebote kaum mobilisierbar. Belegt ist, dass aufgrund von sozialen Schranken und Bildungsbarrieren gerade diejenigen, die sich schon an Wahlen weniger beteiligen, auf höheren Partizipationsstufen noch stärker unterrepräsentiert wären. Die vielfach geforderten „plebiszitären Elemente“ würden politische Ungleichheit eher verschärfen. Aus inputorientierter Demokratiesicht kann ihr Ausbau kaum wünschenswert sein: Wenn Beteiligungsquoten von um die 50% bereits als Erfolge gelten, ist das schon an sich schwer mit der Vorstellung in Einklang zu bringen, die Ansichten möglichst aller Bürger mögen in einen Entscheidungsprozess einfließen.

Mehr zum Thema:

Nikolaus Blome: Faul, korrupt und machtbesessen? Warum Politiker besser sind als ihr Ruf, Berlin 2008

Hans-Peter Bartels: Eine kurze Verteidigung der Politik, Göttingen 1992

Max Weber: Politik als Beruf, Stuttgart 1992 (Neuaufgabe des Vortrags von 1919)

„Die da oben“ sind wie wir

„Es sind Zeiten, ... in denen die Menschen in Deutschland politische Orientierung erwarten. Und politische Führung. Das ist mehr als gutes Management. Management bedeutet, die Dinge, die man tun muss, möglichst richtig zu machen. Führung aber meint, dass man das Richtige tut. Und die Richtung bestimmt. Das Richtige ist aber in der Politik selten das Leichte. Es erfordert auch Mut.“

(Gerhard Schröder)

Mit diesen Sätzen griff der frühere Bundeskanzler ein spürbares Bedürfnis nach politischer „Führung“ auf. Haben wir nicht die Erwartung, Politiker sollten in Zusammenhängen und über den Tag hinaus denken, Leidenschaft mit Augenmaß und inhaltliche Kompetenz mit Gradlinigkeit und Tiefgang verbinden können? Ist nicht in Zeiten vermeintlich wachsender „Politikverdrossenheit“ eine Sehnsucht vorhanden nach Persönlichkeiten im besten Sinne, nach Gestaltungswillen, dem Machtwille nur ein Instrument ist? Ist nicht die Hoffnung auf ein Mehr an Ehrlichkeit, Offenheit, Klarheit und Authentizität, auf Übereinstimmung von Reden und Handeln, mit Händen zu greifen?

Das Problem ist nur: Was wir angeblich wollen, lassen wir gar nicht zu. Schon Max Weber hat in den 1920er Jahren von der Wahl zwischen der Herrschaft der Berufspolitiker oder charismatischer Führung und der dann notwendigen Gefolgschaft gesprochen. Diese aufzubringen sind wir aus historischer Erfahrung und damit aus gutem Grund nicht willens, aber auch im Kleineren nicht bereit. Wenn einer „basta“ sagt oder „1:1 umsetzen“ will, wenn eine vom „Durchregieren“ spricht, lautet unser Angstreflex: Lieber nicht! Auch deshalb erreicht „Führung“, die eher aus Moderation besteht, bei uns leicht hohe Sympathiewerte. Auch deshalb verhindern wir Wähler meistens absolute Mehrheiten einer Partei oder sorgen dafür, dass im Bundesrat im Regelfall über kurz oder lang ein Gegengewicht zum Bundestag entsteht. Wir wollen niemanden zu stark werden lassen.

Das mag ein guter demokratischer Reflex sein. Können wir uns aber dann über das Fehlen von starken Persönlichkeiten und „Führung“ beklagen? Sollten wir nicht akzeptieren lernen, dass moderne Berufspolitiker weniger charismatische Leuchttürme als Gestalter mühseliger Kompromisse sind, dass sie sich eher im Reich der Grautöne und Zwischenlösungen bewegen müssen? Müssen wir un-

seren Politikern Leidenschaft, Überzeugungen und klare (Ideal-)Vorstellungen absprechen, weil diese nicht unmittelbar in Politikergebnissen erkennbar sein können?

Und müssen wir unsere Volksvertreter ständig herabwürdigen und beschimpfen sowie ihr angebliches Mittelmaß beklagen? Ja, Politiker sollten Vorbilder sein. Sie sind es auch. Wer von uns wäre denn bereit, praktisch rund um die Uhr zur Verfügung stehen, sich beleidigen und vorführen, mit immer neuen Anliegen und Sonderwünschen beladen zu lassen, und das alles für eine gemessen daran vergleichsweise niedrige Bezahlung? Die weitaus meisten Politiker sind Idealisten und müssen es auch sein, schon um unseren ritualisierten Neid-Aufschrei bei jeder „Diäten-Diskussion“ zu ertragen. Dabei sagt der Volksmund selbst: „Was nichts kostet, ist nichts wert“.

Wir, das Volk, haben die Politiker, die wir verdienen. Wenn wir andere wollen, müssen wir uns ändern, unsere Ansprüche, unsere Klischees und unsere widersprüchlichen Erwartungen hinterfragen: Wir wollen, dass Politiker offen, eckig, zum Anfassen, omnipräsent sind. Und nageln sie fest oder regen uns auf, sobald sie Klartext reden, wie wir alle einmal „schlecht drauf“ sind, bei allen Vereinen herumtanzen oder zu unserem nicht kommen, ihren Dienstwagen zwar nach gesetzlichen Bestimmungen, aber nicht mit dem von der Boulevard-Presse definierten „Fingerspitzengefühl“ benutzen. Natürlich haben wir recht, wenn wir die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages z.B. nach Berufsgruppen nicht befriedigend repräsentativ finden und die politischen Auswahlmechanismen beklagen. Da kann sicher etwas verändert werden. Aber bitte: Wir müssen uns auch selbst bewerben oder entsprechende Bewerbungen unterstützen, dürfen uns nicht abschrecken lassen von der innerparteilichen Mühsal der Ebene.

„Die da oben“ sind wie wir – „bürgernäher“, als wir glauben: Im Guten und zuweilen auch im Schlechten. Wir sollten nicht alles, was wir nicht haben an Werten, Überzeugungen, Leidenschaft, an Verbindlichkeit und Übereinstimmung, an Mut und Bereitschaft zu neuen Wegen, auf die Politiker projizieren. Und wir sollten ihnen schon gar nicht unterstellen, sie seien generell korrupt und von Selbstbedienungsmentalität erfüllt. Natürlich geben manche Politiker menschlichen Schwächen und falschen materiellen Verlockungen nach – nur wird das wegen des öffentlichen Interesses eben eher bekannt sowie in weitaus größerem Umfang verbreitet als bei anderen und erst damit zu einem scheinbar bedeutenden oder „typischen“ Phänomen. Lassen nicht wir selbst gern einmal bei Steuern, Versicherungen und Sozialleistungen fünf gerade sein und halten das, was wir bei anderen als unanständig bewerten, für clever – z.B. Schwarzarbeit als Steueroase des kleinen Mannes?

Der Staat als Helfer

„Immer hat das den Staat zur Hölle gemacht, dass ihn die Menschen zu seinem Himmel machen wollten.“

(Friedrich Hölderlin)

Die Erde ist doch eine Scheibe! Und die Marktwirtschaft schuld an der Finanz- und Wirtschaftskrise! Allen Ernstes wird nun von der „Rückkehr des Staates“ gesprochen und alle scheinen zufrieden: Die Politiker, weil sie nicht mehr die unbeliebteste Berufsgruppe vor den Totengräbern sind, die Bürger, weil der Staat es schon richten wird. Denken wir. Dabei war der Staat nie weg in Deutschland mit seiner konstant hohen Staatsquote. „Chaos“ in einer Volkswirtschaft, in der zwar viel über Deregulierung sonntagsgeredet wird, aber immer neue Kontrollbürokratie wuchert und politische Eingriffe erfolgen? „Raubtier-Kapitalismus“ im Land des Mittelstands und der Familienunternehmen? Fehlende Aufsicht und Gier gab es in den Landesbanken und der IKB mindestens ebenso sehr wie in privaten Instituten.

In der tiefsten Krise konnte gleichwohl nur der Staat als Feuerwehrmann durch seine Garantien die Grundlage für neues Vertrauen schaffen. Das gelungene Vorgehen in einer Ausnahmesituation sollte nun aber nicht Handlungsmaxime für den Regelfall sein. Wir brauchen nicht mehr oder weniger, wir brauchen richtige Regulierung. Und wir müssen auf allen Ebenen marktwirtschaftlichen Grundprinzipien wieder Geltung verschaffen – beim Bürger wie in den Unternehmen! Gerade jetzt ist darum auch unser Mut zum Markt gefragt – mit klaren und verlässlichen Rahmenbedingungen, Transparenz und fairen Start- wie gleichen Wettbewerbschancen: Zeit für Ordnungspolitik. Zeit auch für Haftung: Wer weiß, dass im Notfall der Steuerzahler einspringt, neigt zu größerem Leichtsinne als derjenige, der sein eigenes Geld verlieren kann.

Deshalb sind Transparenz und wirksame Aufsicht gefordert. Deshalb auch müssen wir den Wettbewerb wirken lassen: Wer bei Opel und Quelle, deren Strukturprobleme wenig mit der aktuellen Krise zu tun haben, Wettbewerb außer Kraft setzt, schadet denen, die ihn mit Erfolg bestreiten und erreicht langfristig trotzdem meistens nichts. Wer erinnert sich nicht an den Fall Holzmann?

Es ist nicht richtig, wenn Vorteile und Gewinne privatisiert werden, Risiken und Kosten aber an der Gemeinschaft hängenbleiben. Bei Unternehmen ärgert uns das zu Recht,

bei Managern fordern wir lauthals mehr Haftung. Und was ist mit uns selbst? Wir reisen an bekanntermaßen gefährliche Zielorte – und erwarten im Problemfall, dass uns die Regierung herausholt. Wir buchen beim Billigflieger, wollen aber nicht wissen, wieso die Preise so günstig sind – und setzen darauf, dass bei plötzlicher Zahlungsunfähigkeit der staatliche Rücktransport steht. Wir gehen wegen eines kleinen Zinsvorteils zur Kaupthing-Bank oder lassen uns gern Zertifikate andienen, die wir nicht verstehen – und nehmen im Schadensfall den Bundesfinanzminister bzw. den Steuerzahler in die Pflicht. Natürlich dürfen wir adäquate Verbraucherschutzregelungen erwarten, müssen uns aber auch selbst an die Nase fassen: Kein Gesetz kann uns vor eigener Dummheit und Gier schützen.

Nun hat der Staat auch kraft seiner starken Rolle im System der Sozialen Marktwirtschaft in den letzten Jahrzehnten vieles gerichtet und zur guten Entwicklung unseres Landes wesentlich beigetragen. Ebenfalls seit Jahrzehnten aber neigen seine Repräsentanten dazu, sich zu übernehmen. Der Staat kann nicht alles. Er kann uns nicht vor allen Fährnissen des Lebens schützen. Er kann, mit beispielhaften Sozialsystemen, Hilfe in Notlagen leisten und ein Stück sozialen Ausgleich organisieren – aber nicht allen unverschuldet in Not Geratenen ihren alten Lebensstandard garantieren. Und er sollte nicht Gewitzte und Findige in Versuchung bringen, sich ihre Bequemlichkeit finanzieren zu lassen. Schon gar nicht ist der Staat, wie unter anderem die Landesbanken belegen, der bessere Unternehmer. Auch soziale Bindungen, Nestwärme, Werte vermag der Staat mit noch so viel Mitteleinsatz nicht zu schaffen.

Vor allem müssen wir unseren Staat vor sich selbst schützen: Je mehr und je lauter wir Forderungen erheben, Freiheit und Eigenverantwortung gegen vermeintliche Sicherheit einzutauschen bereit sind, desto mehr bringen wir die Politik in Versuchung, gut gemeint neue Aufgaben – und damit neue Ausgaben – auf sich zu nehmen. Wir erwarten vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen, also bei dem, was uns jeweils am Herzen liegt. Am Ende wiederum sind wir oder unsere Kinder diejenigen, die die Rechnung bezahlen.

Sie ist schon jetzt unerträglich hoch: Über 6 Billionen Euro Staatsschulden haben wir, ehrlich gerechnet, inzwischen angehäuft. Offensichtlich glauben wir an Manna, das vom Himmel regnet – und verdrängen die alte Erfahrung, dass die Schulden von heute die Steuern oder die Leistungskürzungen von morgen sind.

Mehr zur ungeschminkten Haushaltslage:
www.ehrbarer-staat.de

Gerechtigkeit für alle!

„Ich habe mir angewöhnt, Gerechtigkeit nur mit Anführungsstrichen zu schreiben, da so viel Unfug damit passiert.“

(Ludwig Erhard)

Wir alle sind für Gerechtigkeit. Wir alle wollen als gerecht angesehen werden, die Parteien erst recht: Kein Etikett gilt als wählerwirksamer. Das so schöne Wort „Gerechtigkeit“ taucht in den Wahlprogrammen der Parteien häufiger auf als „Freiheit“ oder „Verantwortung“. Dem Staat kommt das entgegen, sieht er sich doch, über den Sozialstaat, als Hüter und Organisator von „Gerechtigkeit“. Politik will unentbehrlich sein, und verteilt deshalb gern in großem Stile um – zu hohen Kosten – anstatt wieder stärker auf die Selbsthilfe der Menschen und solidarisches Handeln in kleineren Gemeinschaften zu bauen.

Eigentlich sollte der Wahlkampf der Zeitpunkt sein, an dem eine Gesellschaft Grundfragen diskutiert, z.B. die Balance von Freiheit und Verantwortung oder eben unser Verständnis von „Gerechtigkeit“. Sprechen wir über Chancen- und Leistungsgerechtigkeit, also über Gerechtigkeit im Verfahren? Oder gehen wir von Bedarfs- und Verteilungsgerechtigkeit aus, also von Gerechtigkeit im Ergebnis? Dass sich beides widerspricht, gilt aber nicht als Thema, über das wir offen reden können. Stattdessen ist die oberflächliche wie kurzsichtige Sichtweise verbreitet, die besseren Menschen seien diejenigen, die – im Regelfall auf Kosten anderer – zusätzliche Umverteilung propagieren. Das in einem Land, in dem der Sozialetat den mit Abstand größten Posten der öffentlichen Haushalte ausmacht und dennoch die Bürger offensichtlich nicht glücklicher sind: Soviel Umverteilung und Absicherung wie nie zuvor stehen so viel Klagen wie nie zuvor gegenüber.

Auch die Stiftung Marktwirtschaft setzt auf eine faire, wahrhaft soziale Marktwirtschaft. Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Genauso sind Reformen kein Selbstzweck, sie sollen mehr Menschen in Deutschland materiellen Wohlstand sichern und darüber hinaus die Chance zu persönlicher Erfüllung bieten: Der selbst verdiente Euro befriedigt mehr als jeder zugewendete Euro. Die inzwischen horrenden Kosten des Sozialstaats werfen eben nicht nur die Frage des offensichtlichen Missbrauchs auf: Welchen Sinn ergibt es, regelrechte Abhängigkeiten von staatlichen Wohltaten noch zu fördern und den Irrtum

zu unterstreichen, dass im Prinzip alle in der Gesellschaft vorhandenen Ungleichheiten kompensiert werden können? Gerade Ungleichheiten sind es doch, die Menschen zu Leistung und Innovation antreiben, die Veränderungswillen und damit Dynamik erzeugen. Vielleicht haben die Verwechslung von Gleichheit und Gerechtigkeit und die Betonung von Verteilungsgerechtigkeit zu Lasten der Chancengerechtigkeit den Willen zum Aufstieg in unserem Land erlahmen lassen. Wir spüren doch, dass viele Transferleistungen zweifelhafte gesellschaftliche Folgen haben.

Man könnte also fragen, ob nicht diejenigen besonders gerecht handeln, die im eigenen Umfeld Solidarität leben, die Vorbild sind (z.B. indem sie jeden Morgen um sechs Uhr aufstehen und Steuern zahlen) und vielleicht auch den einen oder anderen bequemen Mitmenschen kritisch ermutigen? Die vielleicht sogar aus eigener Anstrengung und natürlich auch aus eigenem Gewinnstreben heraus Arbeit schaffen? Derartige Fragen aber und denkbare Schlussfolgerungen aus Fehlanreizen in unseren sozialen Sicherungssystemen lassen wir nicht zu und schimpfen stattdessen auf die „Neo-Liberalen“, die ähnlich wie die Globalisierung und die EU im Zweifel an allem schuld sind. Kein Wunder also, dass fast alle Parteien jeden „Neo-Liberalismus“-Verdacht weit von sich weisen – und damit vielleicht bestätigen, wie dürrtig ihre geistige Grundlage oder wie schwach ausgeprägt ihr Zutrauen ist, mehr als Schlagworte in die Öffentlichkeit kommunizieren zu können?

Echter „Neo-Liberalismus“ hat nichts mit der vielerorts falschzitierten „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“, mit enthemmtem Profitstreben und Rückzug des Staates zu tun. Vielmehr sieht der in den 1930er Jahren formulierte „Neo-Liberalismus“ einen starken Staat vor – als Regelsetzer und als Schiedsrichter, aber nicht als Mitspieler. Er verlangt nicht Freiheit von Regulierung, sondern eine richtige Regulierung. Und er sieht Marktwirtschaft auch als Wertordnung, wie es ein späterer Neo-Liberaler und Vordenker unserer Sozialen Marktwirtschaft, Wilhelm Röpke, 1958 in „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ formulierte: „Selbstdisziplin, Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Ritterlichkeit, Maßhalten, Gemeinsinn, Achtung vor der Menschenwürde des anderen, feste sittliche Normen – das alles sind Dinge, die die Menschen bereits mitbringen müssen, wenn sie auf den Markt gehen und sich im Wettbewerb miteinander messen.“

Mehr zu Neo-Liberalismus und Gerechtigkeit sowie Argumente zur Sozialen Marktwirtschaft unter:

www.stiftung-marktwirtschaft.de

Dort findet sich als Download auch ein Tagungsbericht zum Thema „Was ist sozial? Dimensionen der Gerechtigkeit“

Große Würfe und kleine Vorteile

„Nichts ist schwieriger und gefährlicher anzupacken, nichts in seinem Erfolg ungewisser als die Führung bei der Einführung von Neuem zu übernehmen. Denn der Neuerer hat all die zum Feind, denen es unter den alten Bedingungen gut ging, und er hat nur gleichgültige Mitstreiter in denen, die von Veränderungen profitieren könnten.“

(Niccolo Macchiavelli)

Wir Deutsche lieben „Sicherheit“ und „Besitzstandswahrung“, auch als Schlagworte im Wahlkampf. Wir meinen damit: Am besten soll alles bleiben, wie es ist. Deswegen neigen wir dazu, Arbeitsplätze zu erhalten, die nicht rentabel sind oder Sozialleistungen, die die Begünstigten eher ruhigstellen als ihnen wirklich zu helfen – statt unsere Energie und Mittel auf neue Chancen zu konzentrieren. Und wir bleiben bei einem wirren Steuersystem. Selbständigkeit und Unternehmertum, Risikofreude, Eigeninitiative und lebenslanges Lernen erscheinen uns eher bedrohlich als verheißungsvoll. Während wir selbst jeden Wandel erst einmal bejammern – früher war sowieso alles besser –, ärgern wir uns über das Klein-Klein in der Politik.

Da erwarten wir dann nicht nur Führung, sondern Vision und Aufbruch: Der ganz große Wurf soll es sein. Dementsprechend begeistert bejubeln wir in gut gefüllten Stadthallen große Visionen, feiern z.B. diejenigen, die die ganze ärgerliche Sozialbürokratie und noch ärgerlichere Ungerechtigkeit abschaffen, indem einfach jeder monatlich sein gutes Bürger-Geld bekommt. Wenn die Politik dann in der komplizierten Realität – und beim Bürger-Geld aus guten Gründen – nicht so mitzieht, wie wir uns den Traum vorstellen, halten wir die Regierenden für mutlos und uninspiriert.

Nur: Die Politiker haben es nicht nur schwer genug, unsere Ansichten zu bündeln und uns in unserer Verschiedenheit gerecht zu werden (was nicht heißt, unsere Sonderwünsche zu erfüllen). Sie kennen ihre Pappenheimer bzw. Bürger auch ganz gut und wissen, dass Ziele umso leichter konsensfähig sind, je weiter sie entfernt liegen und je abstrakter sie formuliert werden. Es soll etwas geschehen, aber es darf nichts passieren: Ganz besonders gilt dies für die Steuerpolitik. Zu Recht ärgern wir uns über ein völlig unverständliches Steuerrecht, beklagen die Zeit, die wir mit Steuererklärungsbürokratie verbringen müssen. Zu Recht sind wir beim Thema „Steuervereinfachung“ die größten

Reformer aller Zeiten, ist uns besonders der „Bierdeckel“ sympathisch.

Aber bitte: Für unsere kleine Ausnahme muss noch Platz sein. Die Pendlerpauschale halten wir für ein Menschenrecht, ohne Übungsleiterpauschale findet angeblich kein Sport mehr statt und die Steuerfreiheit der Sonn-, Nacht- und Feiertagszuschläge ist eine heilige Kuh. Dabei wollen wir, um bei diesem Beispiel zu bleiben, auch gar nicht hören, dass uns kein Steuerreformer an den Lohn will, sondern nur anstrebt, dass die teurere Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit vom Arbeitgeber und nicht vom Steuerzahler getragen wird.

Was setzt sich also fest im Kopf des Politikers? Es ist der Eindruck, Steuerreformen und vor allem Steuervereinfachung seien nur dann möglich, wenn das Ergebnis bereits kurzfristig in einer sogenannten „win-win-Situation“ besteht: Es dürfe bei Veränderungen keine vorübergehenden Verlierer geben. Selbst 95% Gewinner – die im Zweifel schweigen – reichen nicht, da in der deutschen Veto-Gesellschaft diejenigen 5%, die einen Nachteil haben, genug Rabatt machen, um das zu erreichen, was uns sowieso am liebsten scheint: Stillstand!

Warum wollen wir nicht verstehen, dass viele Ausnahmen für jeweils einige wenige am Ende zu Ungerechtigkeit und überhoher Belastung für alle werden, weil erstens viel Geld in der Umverteilungsmaschinerie versickert, zweitens auch noch die Bürokratiekosten einzubeziehen sind und, drittens, falsche Anreize gesetzt werden? Statt Gehirnschmalz aufzuwenden, um Einnahmen zu erzielen, beschäftigen sich Bürger wie Unternehmer oft mehr damit, Steuern zu sparen.

Das könnten wir uns schenken. Und zugleich akzeptieren, dass die Dauerbaustelle Demokratie nicht zu den ganz großen, schnellen Durchbrüchen taugt, aber viele einzelne (Fort-)Schritte zum Ziel führen können. Es gibt viele Chancen zwischen dem ganz großen Wurf und der resignierten Hinnahme des Status quo. Ein Beispiel im Bereich der Steuerpolitik sind die Vereinfachungsvorschläge der Kommission „Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft (www.kommission-steuergesetzbuch.de). Steuervereinfachung ist möglich.

Auch hier, liebe Bürger, gilt: Wahlkampf ist das, was daraus gemacht wird! Unsere Demokratie und unser Land genauso. Wir sind gefordert, uns einzubringen, um die richtigen Antworten auf aktuelle Herausforderungen zu streiten – im Wahlkampf und auch danach. Wir können die besten Lösungen für möglichst viele nur finden, wenn wir mitmachen. Deshalb am 27. September: Wählen gehen!

Für 2 Wochen Spanien setzen Sie alles mögliche in Bewegung.



Und für 4 Jahre Deutschland kriegen Sie noch nicht mal Ihren Hintern hoch?

Wählen gehen!
Eine Aktion der Zeitungen in Deutschland

Konzeption & Text: Thomas Košinar, Anke Winschewski; Art: Martina Böttger, Ilona Gente.



Darum beneidet uns die halbe Welt:



Demokratie lebt durch uns. Nur durch uns.
Wählen gehen! Eine Aktion der Zeitungen in Deutschland.


Till-A. Gerhard.

Alles schläft.

Einsam wacht.

Wählen gehen ist keine Pflicht. Es ist ein Recht. Eins, vor dem wir unsere Augen nicht verschließen sollten. Denn freie Wahlen gehören zu einer demokratischen Verfassung. Sie geben uns die Möglichkeit - das Recht! - unsere Meinung frei zu äußern. Lassen Sie sich Ihr Recht nicht nehmen. Setzen Sie ein Zeichen. **Ihr Kreuz ist Trumpf.**



Konzeption, Text & Art: Gitte Alpen, Frédérique Vlasmann.

Interessiert sich hier irgendjemand für die Zukunft dieses Landes?

Ja Nein

So einfach. Geht wählen.
Wählen gehen! Eine Aktion der Zeitungen in Deutschland.

Konzeption, Text & Art: Willi Demel, Dr. Ljubomir Stoimenoff.

Mit freundlicher Genehmigung der Zeitungs-Marketing-Gesellschaft mbH, Frankfurt – die Motive stammen aus dem Kreis der Sieger im Kreativwettbewerb 1994 „Wählen gehen!“